



Protokollauszug vom

03.03.2021

Departement Soziales / Departementssekretariat:

Beantwortung der Petition «für ein Engagement zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Inseln»

IDG-Status: öffentlich

SR.21.162-1

Der Stadtrat hat beschlossen:

1. Die Beantwortung der Petition «für ein Engagement zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Inseln» gemäss Anhang wird verabschiedet.
2. Mitteilung an: Departement Soziales, Departementssekretariat.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtschreiber:

A. Simon

Begründung:

1. Ausgangslage

Am 25. Januar 2021 reichten mehrere Personen aus Winterthur dem Stadtrat die Petition «für ein Engagement unserer Gemeinde zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Inseln» mit 7 Unterschriften ein. In der Petition wird gefordert, die Stadt Winterthur solle sich «bereit erklären, Geflüchtete von den griechischen Inseln aufzunehmen» und sie solle «diesen Beschluss öffentlich kommunizieren und ihn an den Bundesrat weiterleiten». Mit Schreiben vom 22. September 2020 und 23. November 2020 wurden praktisch gleichlautende Petitionen eingereicht, welche der Stadtrat am 11. November 2020 (SR.20.627-2) beziehungsweise am 27. Januar 2021 (SR.20.825-2) beantwortete.

Gemäss Art. 16 Kantonsverfassung (Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005, LS 101) haben die Behörden eingegangene Petitionen zu prüfen und innert sechs Monaten dazu Stellung zu nehmen. Die Anliegen der Petition wurden durch den Stadtrat bereits erfüllt, im Antwortschreiben wird auf die entsprechenden Aktivitäten des Stadtrats sowie auf die Beantwortung der Interpellation «Menschen auf der Flucht» verwiesen.

2. Kommunikation

Es erfolgt über die Beantwortung der Petition hinaus keine weitere Kommunikation.

Anhang:

Antwortschreiben, adressiert an den/die Erstunterzeichnende/n der Petition.

Beilage:

Petition «für ein Engagement zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Inseln»

Der Stadtrat

Pionierstrasse 7
8403 Winterthur

Frau
Mi Müller
Rychenbergstrasse 179
8400 Winterthur

3. März 2021 SR.21.162-1

Petition «für ein Engagement zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Inseln»

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie weisen in Ihrer am 25. Januar 2021 eingegangenen Petition auf die menschenunwürdige Situation in Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln hin. Sie fordern von der Stadt Winterthur, sich bereit zu erklären, Geflüchtete von den griechischen Inseln aufzunehmen und diesen Beschluss öffentlich zu kommunizieren und an den Bundesrat weiterzuleiten.

Der Stadtrat hat Ihr Anliegen zur Kenntnis genommen. Es ist bereits erfüllt.

Am 17.6.2020 hat der Stadtrat in einem Schreiben an «evakuieren jetzt» seine Haltung und grundsätzliche Bereitschaft zur zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten angesichts der humanitären Notsituation erklärt. Der Stadtratsbeschluss und das Schreiben sind hier veröffentlicht: <https://stadt.winterthur.ch/stadtratsbeschluesse/beschluesse-des-stadtrats/stadtratssitzung-vom-17-06.2020/stadtratssitzung-vom-17-06.2020/solidaritat-der-stadte-in-zeiten-der-krise.pdf/download>

Am 23. Juni 2020, anlässlich der Petitionsübergabe «evakuieren jetzt», erklärten sich die acht grössten Städte der Schweiz, darunter auch die Stadt Winterthur, bereit, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen. So lautete ihre Erklärung im Wortlaut:

«Auch wenn die schweizerische Asylpolitik eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden ist, so erfolgt die eigentliche Integration in den schweizerischen Alltag auf Ebene der Städte und Gemeinden. Die Städte spielen dabei eine besondere Rolle: Seit jeher übernehmen sie als traditionelle Ankunftsorte vieler Migrantinnen und Migranten eine Vorreiterrolle, indem sie fortschrittliche und innovative Ansätze zur besseren Integration erproben und in die Praxis umsetzen. Dabei gehen die Städte gemeinsam mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren häufig oft weit über den gesetzlichen Auftrag hinaus.

Die Bevölkerungen und die politisch Verantwortlichen vieler Schweizer Städte sind der Überzeugung, dass die humanitäre Not in den Konfliktregionen, auf den Fluchtwegen und an den Grenzen Europas ein zusätzliches Engagement unseres Landes zur Aufnahme geflüchteter Menschen erfordern. Die Schweiz kann und soll mehr tun. Dazu wollen die Städte ihren Beitrag

leisten. Damit die Schweiz angesichts der humanitären Notsituation mehr Menschen Zuflucht gewähren kann, erklären sich folgende Städte dazu bereit, über die bestehenden Verpflichtungen hinaus zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen.»

Die Petition, und damit auch das Angebot der Städte, wurde an den Bundesrat gerichtet veröffentlicht.

Die Stadt Winterthur hat seither ihre Haltung mehrfach bekräftigt und auch über ihre Vertretungen in der Städteinitiative Sozialpolitik und im Schweizerischen Städteverband gegenüber dem Bund kommuniziert.

Die Asylpolitik liegt in der Verantwortung des Bundes und die Verteilung innerhalb der Kantone ist Sache des jeweiligen Kantons. Eine zusätzliche Aufnahme von geflüchteten Menschen wäre den Städten nur mit der Unterstützung von Bund und Kanton möglich (vgl. auch Beantwortung der Interpellation «Menschen auf der Flucht»).

Freundliche Grüsse
Im Namen des Stadtrates



Michael Künzle
Stadtpräsident



Ansgar Simon
Stadtschreiber